

Offener Brief an die Bürgerinnen und Bürger in den geplanten CO₂-Endlagergebieten Beeskow und Neutrebbin

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

wir, die Einwohner der durch Braunkohlentagebau bedrohten Orte Grabko, Atterwasch und Kerkwitz und die Agenda 21 der Gemeinde Schenkendöbern, möchten den Bürgerinnen und Bürger, den Bürgerinitiativen und kommunalen Vertretern in den geplanten CO₂-Endlagergebiete Beeskow und Neutrebbin unsere Anerkennung und Wertschätzung aussprechen, dass Sie sich **nicht** vom schwedischen Energiekonzern Vattenfall für die Errichtung der geplanten, unterirdischen CO₂-Deponien in Brandenburg wollen kaufen lassen.

Die brandenburgische Landesregierung möchte dem schwedischen Energiekonzern Vattenfall mit der Einführung der CCS-Technologie erlauben, die Einwohner der Dörfer Atterwasch, Grabko und Kerkwitz samt ihrer Jahrhunderte zurückreichenden Heimatwurzeln zu vertreiben, um anschließend ihre Häuser, Gärten und Kirchen niederzureißen und Wälder, Wiesen und Bäche einer einmalige Naturlandschaft zu vernichten, um somit die Voraussetzung für den Aufschluss des Braunkohlentagebaus „Jänschwalde-Nord“ zu schaffen.

Der enorme Widerstand und eindrucksvolle Protest der Bürgerinnen und Bürger über den geplanten, unterirdischen CO₂-Endlagerstätten, die sich in der Verbundenheit mit Ihrer Heimat weder von Vattenfall beeinflussen, noch kaufen lassen, können verhindern helfen, dass mit dem Einvernehmen der brandenburgischen Landesregierung die Dörfer Grabko, Kerkwitz und Atterwasch allein für Vattenfalls Profitinteressen zerstört werden.

Dafür gilt Ihnen unser tiefempfundener Dank.

In den aktuellen Stellungnahmen des schwedischen Staatskonzerns wird klar deutlich: Vattenfall ging und geht es in Brandenburg allein um den Gewinn, der sich mit der Zerstörung von Lausitzer Dörfern erzielen lässt. Der schwedische Energieriese drängt auf den Neuaufschluss umweltvernichtender Braunkohlentagebaue und die Einrichtung gigantischer CO₂-Endlager, um seine geplanten Kraftwerksneubauten realisieren zu können.

In seiner eigenen, weniger deutlichen Außendarstellung gegenüber der brandenburgischen Landesregierung jedoch verweist Vattenfall vornehmlich nur auf jene Aspekte seiner Aktivitäten, die auf das Gemeinwohl abzielen. Hierfür präsentiert Vattenfall sich gern als karitatives, gutmenschliches Unternehmen, dessen einziger Zweck scheinbar darin bestehen soll, Brandenburg mit Energie zu versorgen und Arbeitsplätze zu schaffen. Im Gegenzug erwartet Vattenfall das Wohlwollen der Volksvertreter und wurde bisher selten enttäuscht. Denn eine breite Diskussion darum, dass Vattenfalls Strom großteils nur für den Export produziert wird, welche unermesslichen Naturzerstörungen hierfür in Kauf genommen werden, wohin die gigantische Exportgewinne zum Leidwesen der Lausitz abfließen, welche gewaltigen CO₂-Abfallmengen entstehen, und dass in dem Konzern weit mehr Arbeitsplätze abgebaut als geschaffen werden, wird in der märkischen Politik weitgehend vermieden.

Dennoch hat in letzter Zeit Vattenfalls nach außen gekehrtes Saubermann-Image erheblichen Schaden nehmen müssen. Mit seinen bekannt gewordenen Plänen, neue Braunkohlentagebaue in der Lausitz zu erschließen und der Erkenntnis, welchen Anteil Vattenfalls zum Teil maroden Kohleverbrennungsanlagen zur weltweiten Klimaveränderung beitragen, drängt zunehmend Kritik und Ablehnung in das Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Damit der angeschlagene Ruf des Konzerns nicht weiterhin in Schieflage gerät, versucht Vattenfall derzeit seinem schmutzigen Kraftwerkspark in der Lausitz einen „grünen“ Anstrich überzutünchen und sich als „Klimaretter“ in die öffentliche Wahrnehmung zu heucheln. CCS heißt die Zauberformel und meint die Verpressung von abgetrenntem CO₂ aus Großkraftwerken. Vattenfall betont, dass CCS im Kampf gegen den Klimawandel die einzige Möglichkeit wäre, dem CO₂-Ausstoß ihrer Kraftwerke zu begegnen. Was die Manager des Konzerns jedoch verschweigen ist, dass die CCS-Technologie für die wirksame Bekämpfung des Treibhauseffektes Jahrzehnte zu spät kommt. Ihre Einführung zielt stattdessen ausschließlich auf Vattenfalls profitgesteuerte Interessen ab.

Vattenfall hat begreifen müssen, dass das Image eines respektablen Klimaverschmutzer nicht sonderlich geschäftsfördernd ist. Auch hat Vattenfall von der EU signalisiert bekommen, dass man keinesfalls weiterhin Millionen Tonnen schädliche Klimagase in die Atmosphäre blasen darf, ohne dafür in Zukunft EU-CO₂-Zertifikate für die eigenen Kraftwerke erwerben zu müssen. Beides jedoch widerspricht der obersten Maxime des Vattenfallkonzerns, möglichst viel Gewinn aus der euphemistisch als „Energiereserve“ bezeichneten Lausitz zu pressen.

Gern würde Vattenfall dafür auch auf die teure, komplizierte und weitgehend unerprobte CCS-Technologie verzichten, die bei Anwendung den Konzerngewinn erheblich schmälern würde. Aber die nur begrenzt vorhandenen EU-CO₂-Zertifikate sind eben nicht nur sehr kostspielig, sondern auch außerordentlich begehrt. Die größten Angstzustände in den Vorstandsetagen des schwedischen Staatskonzerns löst daher die Vorstellung aus, schon bald ganze Kraftwerksblöcke in Jämschwalde, Boxberg oder Schwarze Pumpe stilllegen und damit vollständig auf jene Einnahmen verzichten zu müssen. Denn nicht jeder Energieerzeuger, der in Zukunft EU-CO₂-Zertifikate erwerben möchte, wird durch die eingeführte Emissionsobergrenze in vollem Umfang bedient werden können.

Sind Vattenfalls Kraftwerke jedoch an eine CO₂-Pipeline angeschlossen, um das abgetrennte, schädliche Klimagas unter die Grundstücke der Einwohner in Beeskow und Neutrebbin zu leiten, muss der Energieriese keine Rücksicht auf die Limitierung der EU-Verschmutzungsrechte nehmen. Da das abgetrennte CO₂ vorerst nicht in die Atmosphäre gelangt, wird es nicht der gesamten CO₂-Ausstoßmenge der EU angerechnet. Der Energiekonzern darf weiterhin sorglos energiearme Braunkohle verstromen und Lausitzer Landschaften unter Braunkohlebaggern verwüsten, mit dem vollen Bewusstsein, dass man für CCS bei gleicher Kraftwerksleistung rund 40% mehr Braunkohle verbrennen muss. Vattenfall und die brandenburgische Landesregierung nehmen hierzu ebenso bereitwillig in Kauf, dass man damit gleichfalls den Landschaftsverbrauch der Braunkohlentagebaue um 40% ausdehnen wird, unter dem stets vorweggetragenen Argument, damit allein dem Allgemeinwohl dienlich zu sein.

Doch irgendwann wird der Zeitpunkt, der Break-even-Point, erreicht sein, an dem Windräder und Solarflächen, Biogasanlagen und dezentrale Blockheizkraftwerke die benötigte Energie flächendeckend und günstiger produzieren können, als schmutzige Braunkohlenkraftwerke. Vermutlich schon in 15-30 Jahren, dann, wenn Braunkoh-

lenstrom als unrentabel gilt, wird der Vattenfall-Spuk endlich vorbei sein. Dann ziehen die Manager des schwedischen Konzerns heimwärts und werden wahrscheinlich beteuern, dass ihnen der tausendfache Arbeitsplatzverlust in der Lausitz ja leid tue, aber aus wirtschaftlichen Gründen sehe man keine andere Alternative. Selbstverständlich werden sie ihre Schuld verschweigen, den Konzern nicht rechtzeitig an den sich verändernden Energiemarkt angepasst zu haben, denn mit abgeschriebenen Kraftwerksblöcken ließ sich kurzfristig eben mehr Rendite erwirtschaften, als mit innovativen Energietechniken, die sich an den langfristigen Maßstäben einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Energiewirtschaft orientieren.

Sie hinterlassen uns Brandenburgern dennoch vernichtete Landstriche und womöglich ihren riskanten CO₂-Abfall unter den Füßen. Vattenfall möchte natürlich auch dann noch immer keine verbindlichen Garantien darüber abgeben, dass ihre vollgepumpten CO₂-Endlager für die nächsten zehntausend Jahre auch tatsächlich dicht sind. Wie wir, die hier lebenden Brandenburger, dann damit klarkommen, - dafür jedenfalls wird sich der schwedische Staatskonzern Vattenfall aller Wahrscheinlichkeit nach nie wieder interessieren.

Die brandenburgische Landesregierung muss daher endlich zu der Einsicht gelangen: Vattenfall ist nicht der Freund Brandenburgs, denn Freunde verwüsten nicht einander oder hinterlassen sich gegenseitig ihren gefährvollen Abfall. Der beantragte Neuaufschluss des Tagebaus „Jänschwalde-Nord“, gepaart mit der Einführung der weitgehend unerprobten und hochriskanten CCS-Technologie, wird die Braunkohlenverstromung in der Lausitz für weitere Jahrzehnte fest zementieren und den Ausbau der erneuerbaren Energien erheblich verzögern.

Der Sachverständigen Rat für Umweltfragen (SRU) kommt in seiner jüngst vorgestellten Studie zu dem Fazit: „[...] der Neubau von Kohlekraftwerken über die derzeit im Bau befindlichen Projekte hinaus, sind aus Sicht des SRU nicht mit dem Übergang zur regenerativen Vollversorgung vereinbar [...]“. - Vor diesem Hintergrund ist jetzt die Zeit des Umdenkens auch für die brandenburgische Landesregierung gekommen.

Wenn heute alle Anstrengungen unternommen werden, den fulminanten Start der alternativen Energien weiterhin zu fördern und voranzutreiben, können wir Brandenburger schon in naher Zukunft auf dezentrale Energieversorger verweisen, die real neue Arbeitsplätze schaffen, CO₂-arm Energie produzieren und trotz Gewinnmargen dem Allgemeinwohl zugewandt sind. - Und wir können auf Unternehmen verzichten, die die Lausitz abseits jeder Wirtschaftsethik als wertlose, devastierbare Landschaft und den märkischen Untergrund als ihre konzerneigene Müllhalde betrachten, nur um rücksichtslos auf unser aller Kosten Gewinnmaximierung in unserem schönen und noch lebenswerten Land Brandenburg zu betreiben.

Abermals danken wir den Bürgerinnen und Bürger der geplanten CO₂-Endlagergebiete in Beeskow und Neutrebbin für Ihren Mut und Ihre Standhaftigkeit und verbleiben

hochachtungsvoll.

*Bürgerinnen und Bürger der Orte Kerkwitz, Atterwasch und Grabko
Arbeitskreis Öffentlichkeit und Veranstaltungen der Agenda 21 der Gemeinde Schenkendöbern
Schenkendöbern, den 15.6.2010*